



SCHWEIZERISCHE DELEGATION

Postscheckkonto DM-West: Berlin-West Nr. 306 00  
Telegramm-Adresse: Schweizdelegat Berlin  
SPRECHSTUNDEN 9.30-13 Uhr  
AUSSER MITTWOCHS UND SONNABENDS

A/Ha

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen

Politische Mitteilung No.13.

*In circulation* dodis.ch/10687

6.7.

BERLIN NW 40, den 30. Juni 1953.  
FORST-BISMARCK-STRASSE 4  
TELEFON: 39 53 21

*M. le Chef des Département  
6.7.53*

BERLIN  
-3. JUL 1953

Herr Minister,

Das Dunkel, das eine Einsicht in die Verhältnisse in der Ostzone erschwerte, beginnt sich etwas zu lichten.

Den Nachrichten zufolge, die nun hier vorliegen, nahmen die Aufstände, die sich in der weitem Umgebung von Berlin abspielten, teilweise einen noch ernsthaftern Charakter an, als zunächst anzunehmen war. Die Schwierigkeiten mit den Arbeitern grosser "volkseigener" Betriebe scheinen teilweise immer noch beträchtlich zu sein. Immerhin haben die Sowjetbehörden angefangen, in einzelnen Gebieten den Ausnahmezustand aufzuheben oder dessen Bestimmungen etwas zu mildern.

In Ostberlin sind die schweren Waffen der Sowjetmacht aus dem Strassenbild weitgehend verschwunden. Die Dauer der nächtlichen Sperrstunden wurde verkürzt. Die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen von West- nach Ostberlin zu gehen und umgekehrt, wurde erweitert. Vereinzelte Schweizerbürger, die zur Verlängerung ihrer Pässe bei der Delegation vorsprechen mussten, haben in den letzten Tagen die erforderlichen Passierscheine erhalten.

Der Postverkehr zwischen Ostdeutschland und Westberlin war nur kurze Zeit unterbrochen. Was die Postverbindung der Delegation mit den Landsleuten anbelangt, scheinen die bisherigen schikanösen Behinderungen eher etwas gemildert; ich werde Ihnen zu gegebener Zeit über meine bezüglichen Erfahrungen wieder Bericht geben.

Über das letzte Wochenende waren hier die westlichen Hohen Kommissare zu ihrer 100sten Sitzung vereinigt. Sir Ivone Kirkpatrick war zu diesem Zweck aus dem Urlaub zurückgerufen worden für den Fall, dass Botschafter Semjonow diese Gelegenheit benützen könnte, mit seinen westlichen "Kollegen" persönlich in Verbindung zu treten. Er hat aber in dieser

An die  
Abteilung für Politische Angelegenheiten  
des Eidg. Politischen Departements,

B e r n .



Hinsicht doch noch nichts unternommen. Der vorläufig weiterbestehende Ausnahmezustand in Ostberlin (gegen welchen die westlichen Hohen Kommissare übrigens Einspruch erhoben haben) dürfte ihm jedenfalls nicht als geeigneter Hintergrund für die Herstellung offizieller persönlicher Kontakte mit dem Westen erschienen sein.

Inzwischen sollen die Massnahmen, welche auf Erleichterung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung in Ostdeutschland abzielen, entschlossen weitergeführt werden. In dieser Richtung wird sicher sehr weitgehende Anstrengung gemacht. Der wirtschaftliche Druck, der bisher auf der Bevölkerung lastete, wird abgebaut, während der politische Druck mit dem Weiterbestehen des Ausnahmezustandes selbstverständlich andauert. Es ist allerdings zu beachten, dass der wirtschaftliche Druck bisher weitgehend auch der politischen Knechtung diente, die Aufhebung des wirtschaftlichen Drucks also auch politisch eine Entlastung mit sich bringt.

Vereinzelte Bewohner der Ostzone, die nach dem Westen geflüchtet waren, sollen bereits an ihre frühern Wohnorte zurückgekehrt sein und auch ihr Vermögen zurückerstattet und sogar Betriebskredite ausbezahlt erhalten haben, so einige Spediteure und Grosshändler in Leipzig, deren Vermögen ins "Volkseigentum" überführt worden war.

Solche Fälle sind aber sicher noch nicht zahlreich. Schon als die "Neue Politik" Semjonows angekündigt wurde, war die Bevölkerung der Ostzone so skeptisch, dass die laufende Zahl der Flüchtlinge sich nur wenig ermässigte. Die jüngsten Ereignisse haben anscheinend die Tendenz, die Ostzone zu verlassen, wieder verstärkt. Wenn die Zahl der Flüchtlinge in den letzten Tagen trotzdem recht gering war (immerhin über 300 täglich), so nur deshalb, weil die Leute durch den Ausnahmezustand an der Wegreise verhindert sind. Die Heimschaffung von rückkehrwilligen Landsleuten ist unter diesen momentanen Verhältnissen weitgehend unterbrochen.

Die Stimmen, die hier in Berlin zur Lage zu hören sind, klingen nach und nach etwas bestimmter und klarer. Einhellig wird namentlich die Meinung vertreten, dass der Aufruhr in der Ostzone unter den politischen Voraussetzungen, unter denen er erfolgte, von wesentlicher weltpolitischer Bedeutung ist.

Bürgermeister Reuter, der gestern Abend in meinem Hause mit Herrn Minister Huber zusammentraf, äusserte sich bei diesem Anlass, was die psychologische Bedeutung der jüngsten Ereignisse anbelangt, ungefähr im Sinne meiner letzten politischen Mitteilung. Er betonte besonders, dass sich die Arbeiter in der Ostzone, die am Aufstand den Hauptanteil hatten,

- 3 -

durch die bewaffnete Unterdrückung durchaus nicht für besiegt hielten; sie seien im Gegenteil ihres solidarischen Willens und ihrer Fähigkeit zum Widerstand bewusst geworden und bereit, zu gegebener Zeit wieder anzutreten.

Herr Reuter machte sich ferner einen treffenden Ausspruch zu eigen, der schon vor einigen Tagen zu hören war, den Satz nämlich, dass alles, was die Russen nun nach dem Aufstand auch unternehmen mögen, falsch sei. (Lassen sie die Zügel locker, wird das als Folge des Aufstands der Bevölkerung und als Zeichen der russischen Schwäche ausgelegt. - Geben sie den Terror nicht auf, so desavouieren sie den verkündeten neuen Kurs ihrer Politik).

Reuter und viele andere Politiker in Berlin, welche die hoffnungslose Verschärfung und Erstarrung der Gegensätze zwischen Ost und West nur noch schwer ertragen hatten, sind auf einmal wieder voll Zuversicht.

Der Osten hat die durch den Aufstand erzeugte Verwirrung noch lange nicht überwunden. Die repressiven Massnahmen gegen die angeblichen Anstifter der Unruhen gehen in beträchtlichem Umfang weiter, während der Bevölkerung gleichzeitig wirtschaftliche Erleichterungen verschafft werden sollen, für welche sich die Mittel aber kaum finden lassen. Man bemüht sich krampfhaft darum, Westdeutschland zu umfangreichen Lebensmittellieferungen zu veranlassen. Vom Osten aus versucht man ferner, die Westberliner Behörden zur Abgabe von elektrischem Strom und Nahrungsmitteln gegen Zahlung mit Westmark zu bewegen, welche aus den Einnahmen der (vom Osten betriebenen) Stadtbahn in Westberlin und aus den Gebühren für die Benützung der Autobahn nach Helmstedt stammen. Soll Westberlin die Ostzone in seinen Schwierigkeiten stecken lassen oder dem Ansuchen im Interesse der notleidenden Menschen dort entsprechen? Bürgermeister Reuter ist dieser letztern Auffassung.

Selbst wenn der Westen sich entgegenkommend zeigt, bleiben aber die Versorgungsschwierigkeiten in der vom Elend gezeichneten und durch Aufruhr und Ausnahmezustand desorganisierten Ostzone ausserordentlich schwerwiegend. Auch mit der neuen Wirtschaftspolitik, dem Verzicht auf den weiteren forcierten Ausbau der Schwerindustrie und der Nationalarmee, mit der Freigabe der für die Volkspolizei bestimmten Staatsreserve, mit Einkäufen in Westdeutschland und Westberlin, kann die Ostzone sicher nicht sehr rasch saniert werden. Nicht umsonst griff das ZK der SED in seiner Sitzung vom 21. d. M. die alte These wieder auf: Mehr arbeiten - besser leben. Werden sich unter diesen Umständen die Arbeiter, die ohnehin keine grosse Lust mehr haben, für die gegenwärtige Regierung der DDR zu arbeiten, disziplinieren lassen?

In Westberlin herrscht die Meinung vor, dass zu diesem Zweck eine Umänderung der ostdeutschen Regierung doch unumgänglich sein werde. Konkrete Anhaltspunkte für Entschlüsse in dieser Richtung sind aber weiterhin nicht ersichtlich. Ulbricht, der besonders verhasste Generalsekretär der SED, darf jedenfalls im heutigen "Neuen Deutschland" einen recht ergebenden Glückwunsch des ZK seiner Partei zu seinem 60. Geburtstag lesen (allerdings publiziert nur auf der 3ten Seite). Andererseits gibt es immer noch ernsthafte Leute in Westberlin (so Frau Reuter), die überzeugt davon sind, dass die ersten Demonstrationen von Semjonow im Wunsch, den missliebigen Ulbricht auszuschalten, organisiert wurden, dann aber der Kontrolle seiner Leute entglitten seien (?). Solange der Ausnahmezustand daure, könne S. aber die geplante Umformung der Regierung nicht durchführen.

Dagegen spricht man hier noch kaum von der Möglichkeit, dass S., wenn sich seine Politik weiterhin als unwirksam erweisen sollte, abberufen und wieder durch einen Träger des harten Kurses ersetzt werden könnte. Einer solchen Befürchtung steht allerdings der Umstand entgegen, dass der Kreml nicht nur in Deutschland sondern auch in der Sowjetunion selbst einige Härten beseitigen will; aber wir sind vor einer neuen plötzlichen Wendung vielleicht doch nicht ganz sicher.

Hier in Westberlin besteht der Eindruck, dass sich die Position der Russen auch im Zusammenhang mit allfälligen Viermächteverhandlungen durch den Aufstand der Ostzone wesentlich verschlechtert habe; ihre These, derzufolge sie berufen seien, im Namen der werktätigen Bevölkerung der Ostzone zu sprechen, sei unhaltbar geworden.

Ein bekannter Korrespondent der "Times", der bisher in Paris tätig gewesen war und sich während dem Aufruhr in London aufgehalten hatte, gab der Meinung Ausdruck, dass den kürzlichen Ereignissen dort nicht so grosses Gewicht beigemessen werde wie in Berlin. Der Wunsch nach Viermächteverhandlungen sei in England und auch in Westdeutschland bei vielen Menschen nicht schwächer geworden. Manche seien der Spannung des ausweglosen kalten Krieges müde, durch die ersten Anzeichen einer Änderung der sowjetischen Politik nach dem Tode Stalins doch ziemlich ermutigt; eine Verwirklichung der EVG erscheine ihnen nicht mehr realisierbar; eine Wiederbewaffnung Westdeutschlands sei ihnen zuwider; der Umstand, dass die Russen in Ostdeutschland offenbar nicht mehr viel zu verlieren haben und deshalb zu einer vernünftigen Lösung bereit sein dürften, sollte - so meinen diese Leute - im Interesse des Friedens nicht unbenützt bleiben.

- 5 -

Die Frage, auf welche Politik der Westen sich dem Osten gegenüber wird einigen können, ist aber offenbar im Moment noch nicht hinreichend geklärt.

---

Ein Durchschlag dieses Schreibens geht orientierungshalber an Herrn Minister Huber in Köln.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

DER CHEF DER SCHWEIZERISCHEN DELEGATION



NB.

Orientierungshalber sei noch festgehalten, dass es mir - trotz einer vorsichtigen Anfrage beim sowjetischen Protokolldienst - am letzten Montag wegen des Ausnahmezustandes im Ostsektor nicht möglich war, Herrn Minister Huber einen Besuch dieses Stadtteils zu ermöglichen. Ich messe dieser Tatsache aber keine grundsätzliche politische Bedeutung bei, sondern nehme an, dass die Sowjetbehörden mit ihrer Haltung in dieser Frage uns nur zu verstehen geben wollten, dass sie keinen Anlass haben, dem schweizerischen Gesandten bei der Bundesrepublik besonderes Entgegenkommen zu zeigen.

Ich möchte ferner eine am 1. Juli publizierte Äusserung des amerikanischen Hohen Kommissars Conant erwähnen, derzufolge er zwar einen Besuch von Semjonow empfangen würde, dass aber die westlichen Hohen Kommissare gemeinsam verhindern würden, dass der Eindruck entstehe, als solle durch eine solche Zusammenkunft der alliierte Kontrollrat wieder ins Leben gerufen werden. Dieser Hinweis und die Tatsache, dass die Chefs der westlichen Militärmissionen in Berlin (jedenfalls mit Rücksicht auf ihre gleichzeitige Aufgabe als diplomatische Vertreter in Bonn) sich bisher (mit Ausnahme des belgischen Botschafters de Gruben) bei Semjonow nicht (oder noch nicht) vorgestellt haben, sind recht bemerkenswert.

1. Juli 1953.

